

„Uns geht der Strom aus“: Republikanische Abgeordnete warnt vor Energiemangel

geschrieben von Andreas Demmig | 24. Dezember 2025



Audrey Streb, DCNF-Energiereporterin, 17. Dezember 2025

Die republikanische Abgeordnete Gabe Evans aus Colorado forderte, dass Amerika seine Stromnetze sichern müsse. Sie wies darauf hin, dass die aggressiven Vorgaben der Demokraten den Verbrauchern überhöhte Kosten für grüne Energie und eine unzuverlässige Stromversorgung aufbürden

Evans erklärte gegenüber der Daily Caller News Foundation, die gemeldeten Netzschwankungen am Flughafen Denver deuteten darauf hin, dass die Energieversorgung in den USA überlastet ist. Sie betonte, wenn der Energiebedarf des Landes nicht gedeckt wird, dies die Bezahlbarkeit von Strom gefährden und die nationale Sicherheit bedrohen werde – Probleme, die ihrer Ansicht nach von einigen Demokraten durch ideologische Auflagen für grüne Energie noch verschärft würden.

„Das ist eine nicht nur Frage der nationalen Sicherheit, denn wenn wir nicht in der Lage sind, Güter zu produzieren, werden wir im Vergleich zu unserer globalen Konkurrenz an Boden verlieren“, sagte Evans gegenüber dem DCNF und fügte hinzu, dass die Vorgaben der Energieversorger in Colorado bedeuten, dass „zig Milliarden Dollar Verluste aufgrund der gescheiterten und erschreckenden Energiepolitik der Demokraten an die Verbraucher in Colorado weitergegeben werden“

(Siehe auch: Exklusiv: Bericht bestätigt: Demokraten stecken hinter Ihren horrenden Stromrechnungen)

Die Demokraten in Colorado haben realitätsferne Politikansätze und belastende Vorschriften durchgesetzt, die zu explodierenden Energiekosten und erhöhter finanzieller Belastung geführt haben.

Ich bin stolz darauf, mit Gesetzen dagegenzuhalten, die Kosten senken, die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung Colorados verbessern und die Energieführerschaft unserer Nation stärken.
pic.twitter.com/p8vlnhhU6

– Kongressabgeordnete Gabe Evans (@repgabeevans) 11. Dezember 2025

Evans argumentierte, Colorado baue Energieressourcen „fünfmal schneller

ab, als es eigentlich nötig wäre“, da der Staat seine verbleibenden Kohlekraftwerke in beschleunigtem Tempo stilllege. In Colorado sind etwa zwei Prozent der amerikanischen Bevölkerung zu Hause und produziere etwa gleichviel des US-amerikanischen Stroms.

„Allerdings“, fuhr Evans fort, „weil die demokratische Regierung in Colorado dem Öl, Gas und der Kohle den Krieg erklärt hat, betreibt sie in diesem Jahr die Stilllegung von etwa 10 % der Kraftwerke des Landes.“

Evans betonte die Notwendigkeit eines zuverlässigen Stromnetzes und wies darauf hin, dass das Repräsentantenhaus kürzlich seinen Gesetzentwurf, den „State Planning for Reliability and Affordability Act“, verabschiedet hat. Das Gesetz wird nun dem Senat vorgelegt.

Sollte der Gesetzentwurf verabschiedet werden, müssen die Regulierungsbehörden für öffentliche Versorgungsunternehmen die langfristige Versorgungssicherheit berücksichtigen und die Fähigkeit zur kontinuierlichen Energieerzeugung über einen Zeitraum von 30 Tagen gewährleisten, wobei auch Schlechtwetterereignisse oder Naturkatastrophen einbezogen werden. ... Durch die Fokussierung auf die Netzstabilität und die Fähigkeit zur kontinuierlichen Energieerzeugung wird das Stromangebot erhöht. Das senkt die Stromkosten.

Die Demokraten wollen im Vorfeld der Zwischenwahlen das Thema Bezahlbarkeit in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfs stellen, beflügelt von ihren Wahlsiegen im November, bei denen Kandidaten in New York, Virginia und New Jersey erfolgreich mit diesem Thema geworben hatten. Evans und einige Energieexperten, die zuvor mit dem DCNF gesprochen hatten, argumentieren jedoch, dass die von den Demokraten tatsächlich vorangetriebenen Maßnahmen die Energiekosten in die Höhe treiben, da sie eine zuverlässige Energieversorgung schrittweise abbauen.

„Die Energiepolitik der Demokraten führt zu Stromknappheit. Die Republikaner verfolgen eine umfassende Strategie, weil wir wissen, dass wir mehr Strom im Netz brauchen, um die Kosten für die Verbraucher niedrig zu halten“, sagte Evans. „Die Demokraten haben das System zerstört und versuchen nun, den Republikanern die Schuld dafür zuzuschieben.“

Evans erklärte gegenüber dem DCNF, dass Colorado demnächst mehrere neue Energieversorgungsvorschriften einführen werde, die ihrer Ansicht nach die Verbraucher mit zusätzlichen Kosten belasten würden, da sie künftig gezwungen sein werden, neuere und teurere energiesparende Haushaltsgeräte zu kaufen. Eine dieser Vorschriften, am 1. Januar in Kraft treten, besagen, dass nur noch hocheffiziente Geräte verkauft werden dürfen, die im Durchschnitt Tausende von Dollar mehr kosten als herkömmliche Geräte.

„Die Leute werden gezwungen sein, das teuerste Gerät zu kaufen, das derzeit auf dem Markt erhältlich ist. Sie haben eine Regelung

verabschiedet, die Erdgas für die Beheizung von Wohnhäusern bis 2050 verbietet, und das wird für die Bürger verheerende Folgen haben“, fuhr Evans fort. „Wir sprechen hier von etwa 20.000 Dollar Mehrkosten pro Haushalt, allein aufgrund der Strommenge, welche die meisten Häuser zusätzlich benötigen, da der Stromanschluß nicht ausreicht, um diese zusätzliche Last zu decken. Wenn Sie einen mit Erdgas betriebenen Trockner, Heizkessel und Herd durch elektrische Geräte ersetzen müssen, müssen Sie wahrscheinlich den Hausanschluss Ihrer Stromzuführung erhöhen.“

Alle Inhalte der Daily Caller News Foundation, einem unabhängigen und überparteilichen Nachrichtendienst, stehen seriösen Medienunternehmen mit großer Reichweite kostenlos zur Verfügung. Alle wiederveröffentlichten Artikel müssen unser Logo, den Namen des/der jeweiligen Reporters/Reporterin und dessen/deren Zugehörigkeit zur DCNF enthalten. Bei Fragen zu unseren Richtlinien oder einer möglichen Partnerschaft kontaktieren Sie uns bitte unter licensing@dailycallernewsfoundation.org.

<https://dailycaller.com/2025/12/17/exclusive-utility-costs-energy-crisis-gop-midterms/>